

Robin Wood

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen

AKU (Arbeitskreis Umwelt) Gronau

SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster

Pressemitteilung, 06. Juni 2013

Urananreicherung: Urenco an die Börse?

NRW-Landesregierung: Hedgefonds-Beteiligung denkbar

Atomkraftgegner: „Urananreicherung ist kein Spielzeug“

Die niederländische Regierung erwägt in Abstimmung mit der Bundesregierung und der britischen Regierung einen möglichen Börsengang der Urananreicherungsfirma Urenco. Dies geht aus einem jetzt bekannt gewordenen Brief des niederländischen Finanzministers Jeroen Dijsselbloem vom 23. Mai an das niederländische Parlament hervor (s. Quellenangabe unten). Die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland, Robin Wood und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) halten diese Pläne für unverantwortlich. Sie fordern von der Bundesregierung ein klares Veto gegen den freien Verkauf der Urenco und außerdem die sofortige Stilllegung der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau.

Dijsselbloem teilt in dem Brief mit, die parallele Vorbereitung eines Börsengangs („initial public offering“) und eines Privatverkaufs solle einen „maximalen“ Verkaufspreis erzielen. Damit konkretisierte Dijsselbloem Äußerungen von EON-Chef Johannes Teysen, der vor seinen Aktionären Anfang Mai ein „offenes Bieterverfahren“ angekündigt hatte. EON und RWE halten das deutsche Drittel am Urenco-Konzern.

Der Abteilungsleiter im NRW-Wirtschaftsministerium, Michael Geßner, bestätigte in einem Interview mit dem Deutschland-Radio vom 29. Mai, dass beim jetzt geplanten Vorgehen „nicht ganz auszuschließen sei, dass auch Hedgefonds oder Pensionsfonds die (Urenco-)Anteile erwerben könnten“ (s. Quellenangabe unten).

„Wir sind entsetzt über diese Börsenpläne, denn die Urananreicherung ist kein Spielzeug. Bei einem Börsengang kann im Prinzip jeder – und sei es über Strohfirmer – die Anteile am Urananreicherer Urenco erwerben. Am Ende kann überhaupt nicht kontrolliert werden, wer bei Urenco die Mehrheit hat“, so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz.

„Die Zentrifugentechnik der Urenco kann zur Herstellung von Atomwaffen genutzt werden. Mit einem Börsengang und der Beteiligung von Hedgefonds und Pensionsfonds wäre die Nichtweiterverbreitung dieser militärisch höchst brisanten Atomtechnologie nicht mehr gewährleistet“, fürchtet Dirk Seifert, Energiereferent von Robin Wood.

Ganz wohl scheint der niederländischen Regierung bei ihrem Verkaufs-Vorschlag selbst nicht zu sein. In seinem Brief listet Dijsselbloem nicht weniger als zehn Kontrollmöglichkeiten auf, welche die Regierungen in Berlin, Den Haag und London behalten sollten, darunter die Möglichkeit Urenco-Direktoren zu entlassen, Käufe und Verkäufe zu kontrollieren, die

Anreicherungsanlagen zu inspizieren sowie die Einhaltung internationaler (Nichtweiterverbreitungs-)Verpflichtungen zu kontrollieren.

„Es ist sehr fraglich, wie die drei Regierungen all dies durchsetzen wollen, wenn sie selbst keinerlei Aktien mehr an Urenco besitzen. Letztlich ist zu befürchten, dass es bei Urenco und der Urananreicherung zu einem staatlichen Kontrollverlust kommt. Ernsthafte Sicherheitsprobleme sind damit vorprogrammiert“, so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Quellen:

<http://www.government.nl/documents-and-publications/parliamentary-documents/2013/05/23/intended-sale-of-shares-in-urengo.html>

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/2124050/>

Weitere Infos: www.robinwood.de/uran, www.bbu-online.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.aku-gronau.de